

Tagesordnungspunkt 6

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Mitte am 16. Mai 2013

Verwendung von Polystyrol als Dämmstoff

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

In den Medien häufen sich Berichte, denen zufolge die Verwendung des weit verbreiteten Dämmstoffs Polystyrol gravierende negative Folgen haben kann. Demnach kann das Dämmmaterial die Ausbreitung eines Brandes beschleunigen – in der Presse wurde bereits über ein entsprechendes Ereignis in Darmstadt-Eberstadt, in Frankfurt (neues Justizgebäude) berichtet. Die notwendige Entsorgung als Sondermüll führt zu erheblichen Folgekosten und Schadstoffbelastungen, und zwar in umso größerem Ausmaß, als die Haltbarkeit Polystyrol gedämmter Fassaden sich vielfach als geringer erweist als angenommen. Schließlich wurden, beispielsweise in Berlin, gravierende Gewässerbelastungen durch ausgewaschene Biozide festgestellt.

Vor diesem Hintergrund fragt DIE LINKE im Bezirk Mitte den Magistrat der Stadt Wiesbaden:

1. Sind solche Berichte dem Wiesbadener Magistrat bekannt und werden sie ernst genommen?
2. In welchem Umfang wurden und werden Gebäude im Eigentum der Stadt Wiesbaden unter Verwendung von Polystyrol energetisch ertüchtigt? Überprüft die Stadt als Bauherrin diese Praxis im Hinblick auf eine Neueinschätzung des Brandrisikos und der Folgekosten?
3. Ist dem Magistrat bekannt, ob die GWW und andere kommunale Wohnungsbaugesellschaften in Wiesbaden bei ihren ambitionierten Programmen zur energetischen Sanierung bzw. zum Neubau energieeffizienter Gebäude weiterhin am Dämmstoff Polystyrol festhalten will oder ob das kommunale Unternehmen für künftige Maßnahmen nach Alternativen sucht? Sieht er ggf. die Möglichkeit, in Abstimmung mit der GWW und andere kommunale Wohnungsbaugesellschaften als dem größten energetischen Sanierer der Stadt Wiesbaden eine Evaluierung von Alternativen zu dem möglicherweise als problematisch erachteten Dämmstoff vorzunehmen?
4. Wie schätzt die Wiesbadener Berufsfeuerwehr das Brandrisiko bei Gebäuden mit Polystyrol gedämmten Fassaden ein? Wurden in den vergangenen Jahren Richtlinien und Ausbildungsinhalte bezüglich des Umgangs mit entsprechenden Bränden sowie der Brandprävention verändert?
5. Wurde in Wiesbaden die Belastung der Gewässer und des Abwassers durch Biozide untersucht? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Antrag der SPD-Fraktion zur Geschäftsordnung:

Die SPD-Fraktion beantragt die Nichtbefassung mit dem Beratungsgegenstand, da für die das gesamte Stadtgebiet betreffende Sachlage eine Zuständigkeit des Ortsbeirates Mitte nicht gegeben ist.

Beschluss Nr. 0052

Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

100230 z.d.A.

Laubmeyer
Ortsvorsteher